

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann
MdL, Stellvertretender
Vorsitzender der bayerischen
SPD, verurteilt
die Reaktion des
"Bayernkurier" auf den
Friedens-Nobelpreis für
Bischof Tutu: Beschämend.
Seite 1

Armin Clauss MdL, Hessischer
Minister für Arbeit,
Umwelt und Soziales, fordert
billige Katalysator-Autos:
Industrie und Verbraucher
jetzt am Zuge.
Seite 2

Georg Schlaga MdB, Stellvertretender
Vorsitzender des Arbeitskreises
Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag,
weist auf den steigenden
Widerstand gegen die
Islamisierung des Rechts
in Pakistan hin: Auge um
Auge und Zahn um Zahn?
Seite 4

39. Jahrgang / 207

25. Oktober 1984

Bayern weltweit in Verruf gebracht

Zur Reaktion des Strauß-Organs "Bayernkurier" auf den
Friedens-Nobelpreis für Bischof Tutu

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD

Die Reaktion der CSU auf die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Bischof Tutu ist beschämend. Nachdem Strauß zunächst betreten schwieg, hat er jetzt in seinem "Bayernkurier" eine üble Diffamierung des Preisträgers verbreiten lassen ("den Bock zum Gärtner gemacht"). Es ist dringend erforderlich zu betonen, daß Strauß und der "Bayernkurier" nicht für Bayern sprechen. Die Übergroße Mehrheit der bayerischen Bürger lehnt jede Form von Rassendiskriminierung ab.

Da der "Bayernkurier" es versäumt hat, seinen Lesern die Haltung von Strauß zum südafrikanischen Rassentrennungsregime zu erläutern, sei an die Sätze von Strauß in einer Antwort auf eine SPD-Frage erinnert: "Meine feste Überzeugung, daß sich die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Republik Südafrika und eine schwarze Mehrheitsregierung nach dem System, gleiches Stimmrecht für alle, nicht in Einklang bringen lassen, habe ich auch bei der Eröffnung des BMW-Werkes in Pretoria zum Ausdruck gebracht."

Strauß weist sich damit klar als Befürworter der südafrikanischen Apartheid aus. Der "Bayernkurier" hat für den schwarzen Bischof, der um Gleichberechtigung für seine Landsleute kämpft, nichts als Häme übrig: Schwachbrüstig sei die Organisation des Bischofs. Ich frage mich, kann es denn wahr sein, daß sich das Organ einer demokratischen Partei geradezu freut darüber, daß in einem anderen Land die Gegner der Rassendiskriminierung ohnmächtig sind?

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende hat Bayern mit der Polemik seines Parteiorgans gegen den Friedens-Nobelpreisträger in der ganzen freien Welt in Verruf gebracht. Die bayerischen Sozialdemokraten und mit ihnen die meisten Bürger Bayerns schämen sich dafür.

(-/25.10.1984/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

+ + +

Verlagsgesellschaft
Sozialdemokratischer
Pressedienst



Billige Katalysator-Autos anbieten

Jetzt sind Industrie und Verbraucher am Zuge

Von Armin Clauss MdL

Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

Nachdem die Bonner Bundesregierung die Rettungsmaßnahmen für den Wald durch einen notwendigen, schnell wirksamen Immissionsschutz auf die lange Bank geschoben hat, kommt es jetzt entscheidend auf das einsichtige Verhalten der Automobilindustrie, der Mineralölwirtschaft, vor allem aber der Verbraucher an. Alle bisherigen Vorschläge aus Bonn leisten keinen tatsächlichen Beitrag, um das Waldsterben zu stoppen und in der Umweltpolitik neue Zeichen zu setzen.

Auch der neueste Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zur Abgasreduzierung kann letztlich nur als interessante technische Variante gewertet werden. Tatsächlich aber ist er nur ein weiteres Glied in der Kette der "Unions-Slalomfahrer" beim Umweltschutz. Auch Lothar Späth drückt sich vor dem entscheidenden Problem und nimmt keine Stellung zu den drängenden Fragen der Geschwindigkeitsbegrenzung und der ungehenden Einführung von Katalysatorfahrzeugen zumindest zum 1. Januar 1986, wie sie ursprünglich geplant war.

Die Abgasrückführungstechnik ist sicherlich eine interessante Möglichkeit, die zusammen mit den erfahrenen Firmen eingehend technisch geprüft werden muß. Doch Tatsache ist: Technisch ist dieses Verfahren noch nicht vollkommen ausgereift. Das muß auch der baden-württembergische Ministerpräsident eingestehen. Und klar ist auch: Die Realisierung der Abgasrückführungstechnik bei Altfahrzeugen macht die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf keinen Fall entbehrlich. Nach der Untätigkeit der Bundesregierung, dem Verwirrspiel aus Unionskreisen mit vielen Vorschlägen zur angeblichen Reduzierung der Schadstoffe in der Luft, die alle keinen tatsächlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten, können nur Industrie und Verbraucher in einem Akt der "Selbsthilfe" einen Beitrag zur Rettung des Waldes leisten.

Von der Automobilindustrie muß erwartet werden, daß sie nicht mit horrenden Mehrpreisen für Katalysatorfahrzeuge eine Schockwirkung auf den Verbraucher auslöst. Nach den bekannten Berechnungen des Umweltbundesamtes kann ein normales Fahrzeug mit der entsprechenden Katalysatortechnik zu Herstellungsmehrkosten von rund 350 bis 600 DM ausgerüstet werden. Einzuräumen ist, daß das Umweltbundesamt die Aufwendungen für die weiteren technischen Maßnahmen am Motor und beim Abgassystem vielleicht zu niedrig eingeschätzt hat.

Der Mehrpreis pro Fahrzeug dürfte aber trotzdem die 1000-DM-Grenze kaum nennenswert übersteigen. Preise von 1.500 bis 4.000 DM für die Katalysatorausrüstung, wie sie von der Industrie mehrfach genannt wurden, sind einfach zu hoch und kein Anreiz für den Verbraucher, Abgaskatalysatoren müssen nicht neu entwickelt werden. Sie sind in den USA und Japan bereits seit Jahren Stand der Technik. Für den amerikanischen Markt produzieren die deutschen Automobilwerke seit langem Katalysatorfahrzeuge. Die deutsche Automobilindustrie hat hier ihr technisches know-how bereits unter Beweis gestellt. Warum sollte dies im Inland nicht auch möglich sein?



Unstrittig ist, daß die deutsche Automobil- und Zulieferindustrie in den nächsten Jahren Investitionen für ein hochwirksames Abgasreinigungssystem vornehmen muß. Mit diesen Investitionen, das sollte nicht vergessen werden, entstehen aber auch gleichzeitig erhebliche Marktchancen für die deutschen Automobilhersteller. Sie erreichen mit einem vertretbaren finanziellen Einsatz Absatzmöglichkeiten für Millionen von Abgaskatalysatoren. Diese Massenproduktion muß nach den Marktgesetzen die Endpreise spürbar senken helfen. Die Einführung der Katalysatortechnik kann zusätzlich in der Automobilindustrie neue, zukunftsweisende Arbeitsplätze schaffen oder zumindest bestehende Arbeitsplätze zu sichern helfen. Es ist auf keinen Fall einzusehen, daß die Automobilindustrie die vom Staat in Aussicht gestellten Vergünstigungen beim Erwerb von Katalysatorfahrzeugen durch überhöhte Gewinnkalkulation wieder kassiert.

Das Waldsterben darf auf keinen Fall zum großen Reingewinn für die Industrie werden. Der Verbraucher selbst kann einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten, indem er sofort Autos mit Katalysatoren verlangt. Damit entsteht Druck auch auf die deutsche Automobilindustrie. Wahlweise können Autokäufer auch von der Beipacklösung Gebrauch machen, die von einigen Autoherstellern angeboten wird. Hierbei wird der Katalysator mit dem Neufahrzeug bereits mitgeliefert und kann nachträglich eingebaut werden, wenn das Tankstellennetz für bleifreies Benzin tatsächlich in der Bundesrepublik dichter geworden ist.

Die deutsche Mineralölindustrie sollte sich herausgefordert fühlen und ihren Beitrag leisten, um ein möglichst dichtes Netz von Tankstellen für bleifreies Benzin zu schaffen. Die bisherigen Absichten der Mineralölwirtschaft, bis Ende 1984 an 500 Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland bleifreies Benzin anzubieten, muß als politisch nicht ausreichend angesehen werden. Technisch ist es durchaus möglich, das Netz für entbleites Benzin auf rund 2.000 Tankstellen bis zum Jahreswechsel zu erweitern.

Kritisch müssen auch die Mehrpreise für das bereits angebotene bleifreie Benzin von 12 bis 20 Pfennig pro Liter gewertet werden. Diese Preise müssen abschreckend für die interessierten Autofahrer wirken. Zwei bis drei Pfennig mehr für einen Liter entbleiten Kraftstoff sind nach Auffassung von Experten zur Zeit genug. Bis 1986 sollte auf jeden Fall bleifreies Benzin billiger als bleihaltiger Kraftstoff werden, wobei steuerliche Maßnahmen zur Reduzierung des Benzinpreises einbezogen werden müssen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß in Hessen Investitionen kleinerer und mittlerer Unternehmen der Mineralölwirtschaft, die der Versorgung mit bleifreiem Benzin dienen, durch das Land finanziell gefördert werden. Die hessische Landesregierung leistet damit auch einen Beitrag, um in Hessen möglichst rasch ein dichtes Tankstellennetz für bleifreies Benzin einrichten zu lassen. Politisches Ziel muß es sein, die Automobilindustrie sowie die Mineralölindustrie zu einem "Elefantenrennen" anzutreiben mit dem Ziel, daß in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich das umweltfreundliche Auto bis spätestens 1986 zur Norm wird - trotz der Untätigkeit der Bonner Bundesregierung.
(-/25.10.1984/ks/rs)

+ + +



Auge um Auge und Zahn um Zahn?

In Pakistan wächst der Widerstand gegen die Islamisierung des Rechts

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

"Blutrache nun Gesetz" überschrieb die "Arbeiterzeitung" (Wien) unlängst einen Artikel über Gesetzesreformen in Pakistan und befürchtete einen "Rückfall in die Barbarei".

Von verschiedenen Reisen in dieses asiatisch-islamische Land weiß ich, daß in Pakistan große Rechtsunsicherheit herrscht. Es gibt drei Instanzen, die Recht sprechen; nämlich Militär- und Zivilgerichte sowie islamische Kammern. Und nicht nur das. Es gibt auch zwei Rechtsgrundlagen. Das angelsächsische und das islamische Recht.

Anzeichen verdichten sich, daß die auf britischem Recht basierende Gesetzgebung Pakistans - insbesondere die Strafgesetzgebung - mittelfristig abgeschafft werden soll. Das islamische Gesetz (Scharia) soll als neue Grundlage der Rechtsordnung eingeführt werden.

Aktuell werden in Pakistan zwei Gesetzentwürfe, der eine zum Beweisaufnahmeverfahren, der andere zum Strafrecht (Offences against Human Body) in Expertengremien und von der dortigen Beratenden Bundesversammlung (Majlis-e-Shura) diskutiert. Die neuen /noch nicht in Kraft getretenen) Gesetze sind Teil der von der pakistanischen Regierung seit 1979 betriebenen "Islamisierung" des Rechts, worunter die Anpassung der Gesetze an die Lehren des Propheten (Suna) und des Korans verstanden wird.

Doch die vorbereiteten Gesetze sind auch in der pakistanischen Öffentlichkeit heftig umstritten. Vor allem die Frauen laufen Sturm gegen die Absichten der Regierung. So ist im Gesetz über Zeugenaussagen vorgesehen, daß - unter Verweis auf den Koran - die Aussage zweier Frauen notwendig sind, um die Aussage eines Mannes zu widerlegen. Selbst die Ehefrau des pakistanischen Staatschefs Zia-ul-Haq hat sich gegen diese Gesetzesänderung ausgesprochen. In einem Interview forderte Begum Zia, daß vor Gericht die Aussage einer Frau der eines Mannes gleichgestellt sein müsse.

Auch den Gesetzentwurf "Offences against Human Body" lehnen die pakistanischen Frauenverbände ab. Er sieht unter anderem vor, daß die Zahlung eines Sühnegeldes (Diyat) an die Angehörigen eines weiblichen Opfers eines Verbrechens auf die Hälfte reduziert wird. Das Sühnegeld in Mordfällen beträgt 10.000 Dirham oder den Gegenwert von 30,63 Kilogramm Silber und ist als Schadensersatz zu betrachten.

"Neben dem "Sühnegeld" sieht dieser Strafgesetzentwurf (der Körperdelikte vom vorsätzlichen Mord bis zum fahrlässigen Abschneiden des Kopf- und Gesichtshaars behandelt) eine "Körperstrafe" (Qisas) vor. Die Körperstrafe besteht darin, daß dem Täter die gleichen Verletzungen beigelegt werden wie dem Opfer. Sie beruht damit auf dem Prinzip "Auge um Auge und Zahn um Zahn". Dies könnte als eine gesetzlich sanktionierte Form der Blutrache angesehen werden.



Der Gesetzentwurf über Diyat und Qisas würde als neues Rechtsinstitut die Position des "Wali" begründen. "Wali" sind in Mordfällen die Angehörigen des Opfers, fehlen diese, tritt der Staat an ihre Stelle; in Fällen von Körperverletzung ist es das Opfer selbst.

Das Opfer (Wali) hätte Anspruch auf Bestrafung des Täters. Ihm stünde das "Sühnegeld" zu, und es könnte die Durchführung der "Körperstrafe" verlangen. Der Gesetzentwurf räumt ihm eine sehr starke Position ein, da es sowohl dem Täter vergeben kann und ihm damit bis auf die Zahlung des "Sühnegelds" Straffreiheit zugestehen, als auch auf der Durchführung der "Körperstrafe" bestehen kann, und gegen seinen Willen weder Regierung noch Präsident einen Genadenerlaß gewähren können.

Strafverfolgung, Rechtsprechung und Vollstreckung des Urteils bleiben jedoch allein Aufgabe des Staates. Auf keinen Fall wird der Familie des Opfers ein Recht zur Ausübung zur Selbstjustiz eingeräumt.

Nach Aussage der deutschen Botschaft in Islamabad sind in Pakistan zwar schon mehrfach "Körperstrafen" (zum Beispiel das Abtrennen von Händen bei Diebstahl) verhängt worden, bislang aber mit Ausnahme des öffentlichen Auspeitschens nicht vollstreckt worden.

Pakistan ist ein islamischer Staat; das heißt aber nicht, daß in allen gesellschaftlichen Bereichen der orthodoxe Islam beherrschend ist. Im Gegenteil: der Widerstand gegen die Islamisierung des öffentlichen Lebens hat wiederholt zu innenpolitischen Unruhen geführt. Durch den Widerstand - insbesondere der Frauen - gegen diese islamischen Gesetzentwürfe könnte auch dieses eifernde Projekt des pakistanischen Militärregimes zu Fall gebracht werden. (-/25.10.1984/ks/rs)

+ + +

